

# POLITIK

■ Einige Demonstranten durchbrechen Barrikaden. Die Polizei schießt mit Tränengas.

AMIRA EL-AHL  
KAIRO

W er am Dienstagmorgen an einem Zeitungsstand in Ägypten vorbeikam, konnte erleben, wie die Medienlandschaft in diesem Land aussehen würde, gäbe es keine unabhängige Presse. Insgesamt zwölf unabhängige Tageszeitungen waren am Montag nicht in den Druck gegangen und somit auch nicht erschienen – unter ihnen die einflussreichsten Tageszeitungen des Landes. Sie alle streikten einen Tag lang gegen den vergangene Woche eiligst vorgelegten Verfassungsentwurf, über den die Ägypter am 15. Dezember in einer Volksabstimmung urteilen sollen.

Auch Online-Nachrichtenportale beteiligten sich an dem Streik. Wer die Webseite „Egypt Independent“, die englische Ausgabe der größten unabhängigen Tageszeitung „Al-Masry al-Yum“, öffnete, fand nur eine schwarze Seite und folgende Erklärung vor: „Sie lesen diese Nachricht, weil ‚Egypt Independent‘ gegen die anhaltenden Einschränkungen der Pressefreiheit protestiert, besonders nachdem Hunderte von Ägyptern ihr Leben für Freiheit und Würde gelassen haben.“ Andere Online-Portale nahmen zwar nicht aktiv am Streik teil, unterstrichen aber auf ihren Webseiten ihre Unterstützung für den Ausstand. Am Mittwoch werden zwar wieder unabhängige Nachrichten am Zeitungsstand zu erhalten sein, dafür bleiben die Bildschirme von fünf Fernsehkanälen schwarz: ON-TV, CBC, Modern Channels, al-Hayat und Dream-TV setzen allesamt für einen Tag die Arbeit aus.

Mit ihrer Aktion wollen die Nachrichtentportale für die Pressefreiheit, die freie Meinungsäußerung, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit demonstrieren. Gleichzeitig hatten 18 Oppositionsparteien am Sonntag erneut zu einer Großdemonstration für Dienstagabend aufgerufen. Die Proteste seien „eine letzte Warnung“ für den Präsidenten, der mit seinen Entscheidungen seine Legitimität als Demokrat aufs Spiel setze.

Seitdem Präsident Mohammed Mursi vor knapp zwei Wochen ein Dekret erlassen hat, das ihm weitreichende Befugnisse einräumt und alle weiteren Entscheidungen durch ihn jeglicher Überprüfung durch die Justiz entzieht, hat sich die politische Lage in Ägypten dramatisch zugespitzt. Ägyptens liberale und säkulare Kräfte sowie die Justiz reagierten entsetzt über Mursis Vorgehen, das dem Präsidenten noch mehr Machtbefugnisse zugestehen würde, als sie Husni Mubarak je hatte.

Mursi erklärte sich und seine Entscheidungen juristisch nicht anfechtbar, bis eine neue Verfassung in Kraft sei. Er installierte seinen eigenen Generalstaatsanwalt und seine Verbündeten in der verfassunggebenden Versammlung, und sie verabschiedeten in nur 24 Stunden alle Artikel der neuen Verfassung. Über die soll nun schon am 15. Dezember abgestimmt werden. „Ich bete zu Gott und hoffe, dass dieser Tag ein neuer Tag für die Demokratie in Ägypten sein wird“, sagte Mursi in einer anschließenden Fernsehansprache und rief zu einem nationalen Dialog auf.

Doch dafür scheint es längst zu spät. Amr Hamzawy, liberaler Politiker und ehemaliges Mitglied des ersten frei gewählten Parlaments, nannte Mursis Aufruf zu einem nationalen Dialog eine Farce. Die Opposition kämpfe gegen „einen kalkulierten Versuch der Muslimbruderschaft, Ägypten zu übernehmen“. Die sonst so zerstrittene Opposition schloss sich im Zuge der Krise zu einer



Der Tahrir-Platz in Kairo am Dienstagabend – Tausende versammelten sich zum Protest gegen Präsident Mohammed Mursis Selbstermächtigungs-Politik

## Ägyptens Medien streiken für die Freiheit

Gewerkschaften und Zivilgesellschaft rufen zu Protesten gegen Präsident Mursi auf



„WAS GERADE PASSIERT, IST GEGEN DAS LAND“

Der Widerstand gegen Mohammed Mursi erfasst immer weitere Teile der Gesellschaft. Auf dem Tahrir-Platz in Kairo haben Demonstranten ein Zeltlager aufgeschlagen, auf einem Banner fordern sie den Präsidenten zum Rücktritt auf (s. Foto).

Der Unmut drückt sich auch im sonst so braven Staatsfernsehen aus. Dort wurde nach Angaben der Zeitung „Al-Masry Al-Youm“ eine Sendung mit der unverschleierte Moderatorin Hala Fahmi unterbrochen, weil sie während einer Live-Übertragung ein Leichentuch in die

Hand nahm und Mursis Vorgehen kritisierte. „Das, was gerade passiert, ist gegen das Land, gegen die Nation“, sagte sie. „Der, der Ägypten liebt, darf sich nicht für dumm verkaufen lassen.“

Auf die Seite des Staatsschefs hat sich der Oberste Justizrat geschlagen. Er will ungeachtet eines Boykottaufrufs des ägyptischen Richterverbands Richter zur Überwachung des Referendums über die umstrittene neue Verfassung entsenden. Ohne eine Überwachung durch die Justiz wäre das Referendum nicht gültig.

Nationalen Rettungsfront zusammen. Dieser gehören neben Amr Hamzawy auch Amr Mussa, der ehemalige Chef der Arabischen Liga und Präsidentschaftskandidat, sowie Mohammed al-Baradei, ehemaliger Chef der Atomenergiebehörde, an. Am vergangenen Dienstag schickte die Opposition ein klares Zeichen in Richtung Präsidentenpalast, als Hunderttausende Ägypter auf dem Tahrir-Platz gegen Mursis Dekret und den Verfassungsentwurf demonstrierten. Dutzende Parteien, Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft hatten zu den Protesten aufgerufen.

In dieser Woche wollten die Gegner des Präsidenten erneut ein Zeichen setzen. In mehreren Märschen brachen die Oppositionellen am späten Dienstag nachmittag zum Präsidentenpalast auf, der im Norden der Stadt im Stadtteil Heliopolis liegt. Am frühen Abend durchbrachen einige Demonstranten die Barrikaden der Polizei, die Polizei beschoss sie mit Tränengas. Der Nachrichtensender Al Arabija berichtete von mehreren Verletzten. Schon früh am Dienstag hatten sich die Sicherheitskräfte auf den Protest vorbereitet. Der Präsidentenpalast wurde weiträumig mit Stacheldraht umzäunt, und alle Straßen, die dorthin führen, wurden komplett abgeriegelt. Das sonst überfüllte Viertel rund um den Palast war von der Außenwelt abgeschnitten.

Doch obwohl schon am frühen Nachmittag viele Demonstranten an den Treffpunkten zusammenkamen, verfehlte der ausgerufenen Generalstreik dieses Mal sein Ziel. Zwar setzten unabhängige Medien ein klares Zeichen gegen den Präsidenten und den Verfassungsentwurf, in dem unter anderem ein Artikel zum Schutz von Journalisten fehlt und in dem ihrer Meinung nach die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird. Doch Schulen, Banken und viele Firmen ignorierten den Aufruf zum Streik. In der vergangenen Woche hatten viele ihre Arbeit aus Angst vor Zusammenstößen zwischen Mursi-Anhängern und der Opposition auf dem Tahrir-Platz niedergelegt, Schulen hatten geschlossen. Am Dienstag jedoch ging das Leben in Kairo weitgehend seinen normalen Gang.

Trotzdem war es ein wichtiger Tag für die Opposition. „Ein entscheidender Tag der ägyptischen Revolution beginnt“, schrieb der Journalist Hani Shukrallah, Chefredakteur von „Al-Ahram Online“, am Dienstagmorgen auf Twitter. „Aber lasst uns nicht in die Falle treten, nur auf diesen einen entscheidenden Kampf zu zählen. Viele, viele weitere Schlachten liegen vor uns!“ Denn nur wenn die Opposition es schaffen würde, wieder Hunderttausende auf den Straßen gegen Mursi zu mobilisieren, wären sie in der Lage, gegen ihn und seine Anhänger ein klares Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass es in Ägypten breiten Widerstand gegen den Kurs des Präsidenten und der Islamisten gibt.

Bisher behaupten die Islamisten, eine große Mehrheit auf ihrer Seite zu haben. In einem Interview mit dem „Time Magazine“ vergangene Woche erklärte Mursi, dass in Meinungsumfragen fast 90 Prozent der Ägypter hinter seinen Entscheidungen stehen. Sieht man sich die Debatten in den Medien an und redet mit den Menschen auf den Straßen, dann erschließt sich ein anderes Bild. Denn viele haben längst genug vom Kurs der Islamisten und fürchten sich vor der totalen Dominanz der Islamisten, die jetzt schon mehr Macht an sich gezogen haben, als sie jemals wollten – zumindest offiziell.

Die Opposition setzt sich zusammen aus Koppen, die über zehn Prozent der Bevölkerung stellen, aus liberalen Muslimen, Säkularen, Arbeitern, Künstlern, Anwälten, Richtern – Menschen aus allen Schichten und verschiedener Ideologien. Die Islamisten haben indes in den vergangenen zwei Wochen gezeigt, dass sie die Tatsachen lieber negieren, und sie legen damit die gleiche Haltung an den Tag wie schon das alte Regime unter Mubarak. Wenn Mursi in den vergangenen sechs Monaten seiner Amtszeit etwas erreicht hat, dann das: Er hat eine breite Front gegen sich in Stellung gebracht und die Opposition zum ersten Mal mit einem gemeinsamen Ziel vereint: die Verhinderung einer islamistisch geprägten Verfassung und die Unterwanderung aller demokratischen Strukturen.

„Sicherheitsminister Ehud Barak wusste von meinen Kontakten. Sie hätten meiner Meinung nach zu besseren Bedingungen geführt als die jetzigen.“ Es hätte zwei getrennte Abkommen gegeben, so Baskin zur „Welt“: zwischen Ägypten und Israel sowie zwischen Ägypten und der Hamas. Über mehrere Monate hätten die Einstellung des Raketenbeschusses und gemeinsame Vorbeugungsmaßnahmen getestet werden können. Stufe zwei hätte dann zur Verhinderung des Waffenschmuggels nach Gaza führen sollen. Norbert Jessen

## Scharfe Kritik an Netanjahu

„Gaza-Angriff hat Einigung verhindert“

Israels Umweltschutzminister Gilad Erdan gab sich unnachgiebig. „Kein internationaler Druck wird uns zwingen können, Israels Sicherheitsinteressen aufzugeben“, sagte er im Radiosender Kol Israel. Er reagierte damit auf offizielle Proteste in aller Welt gegen die Planung Tausender neuer Wohnheiten um Jerusalem. In London, Paris, Madrid und Stockholm waren die Botschafter Israels in die Außenministerien zitiert worden. „Israels Handlungsspielraum wird so noch weiter eingeengt“, schrieb die regierungsfreundliche Zeitung „Hayom“. Bei den jüngsten Kämpfen am Gazastreifen sei er bereits militärisch stark eingeschränkt gewesen, dem folge jetzt eine politische Beschränkung. Kol Israel ließ einen Korrespondenten nach dem anderen in Europa zu Wort kommen. Aus London und Madrid hieß es, sogar das Wort „Sanktionen“ sei gefallen. Aus Berlin war von „ungewohnt kühler Atmosphäre“ im Ministerium zu hören. Und von einer gewohnt harschen Kritik in den Medien. „Mittwoch kann Netanjahu beim geplanten Besuch in Berlin persönlich Klärungsgespräche führen“, hieß es zum Schluss.

Tzipi Livni, Ex-Außenministerin und Kandidatin der neu gegründeten Partei Thua (Bewegung) für das Amt des Premiers, wehrte sich gegen Versuche der Regierung, jede Kritik an ihrer Politik als Kollaboration mit dem Feind zu brandmarken. „Israels Sicherheit ist auch mein Ziel, und ich sehe genau dieses Interesse durch die Politik der Regierung von Premier Benjamin Netanjahu gefährdet.“ Letztlich so Livni, gebe es nur „großspurige Worte“ einer Regierung, die das diplomatische Parkett für ihre Zwecke im Wahlkampf ausnutzen wolle. Die Pläne würden, wie schon frühere, stecken bleiben. „Israels diplomatischem Ansehen wird weltweit geschadet, ohne dass dies irgendetwas bringt.“ Der stellvertretende Außenminister Danny Ayalon wies Vorwürfe zurück, die Regierungspolitik erschwere Israels Bemühungen um eine Verschärfung von Sanktionen gegen den Iran: „Da hat die internationale Gemeinschaft doch ein klares Eigeninteresse. Mit unserer Debatte hat das nichts zu tun.“

Die Zeitung „Ha'aretz“ eröffnete eine weitere Debatte. Nur Stunden vor der gezielten Tötung des Militärschefs der Hamas, Ahmad Dschaabri, habe Netanjahu den Entwurf eines langfristigen Abkommens zu einer Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas erhalten. Seine Zustimmung sei erforderlich gewesen und erwartet worden, vor seinem Entscheid aber habe ihn eine israelische Rakete getroffen. Die Kontakte zur Hamas liefen über den israelischen Friedensaktivisten Gershon Baskin. Dieser führte auch die Gespräche vor dem letzten Gefangenenaustausch. „Sicherheitsminister Ehud Barak wusste von meinen Kontakten. Sie hätten meiner Meinung nach zu besseren Bedingungen geführt als die jetzigen.“ Es hätte zwei getrennte Abkommen gegeben, so Baskin zur „Welt“: zwischen Ägypten und Israel sowie zwischen Ägypten und der Hamas. Über mehrere Monate hätten die Einstellung des Raketenbeschusses und gemeinsame Vorbeugungsmaßnahmen getestet werden können. Stufe zwei hätte dann zur Verhinderung des Waffenschmuggels nach Gaza führen sollen. Norbert Jessen

ANZEIGE

Riesterrente ist nicht gleich Riesterrente.  
Wohin mit meinem Geld?

Jetzt richtig vorsorgen – z. B. mit der DWS RiesterRente Premium.  
Deutschlands höchster und bester Riesterrente unter den Fondssparplänen.<sup>1</sup>





» [www.DWS.de](http://www.DWS.de)



GELD GEHÖRT ZUR NR. 1

1

Deutsche Bank Gruppe

<sup>1</sup>Die DWS/DB Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Ende September 2012. Die Besonderen Bedingungen, das Auftragsformular mit den Hinweisen auf die Höhe der Entgelte und Kosten, die Verkaufsprospekte mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen erhalten Sie kostenlos bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. <sup>2</sup>Aussage „höchste Riesterrente“: Quelle: Focus-Money, 26.09.07, Test 40/2007. Es wurden ausschließlich Fondssparpläne getestet. Ergebnisse beruhen auf einer simulierten Rückrechnung und haben nur begrenzten Aussagewert. <sup>3</sup>Aussage „beste Riesterrente“: Quelle: www.finanzen.net/euro, 27.10.2009, Euro 12/2009. Getestet wurden fondsorientierte Riesterrenten hinsichtlich Kosten, Kapitalmarktverhalten und Investitionsqualität. Im Gesamtranking ging die DWS RiesterRente Premium als Testieger hervor.